

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 39 (1966)

Heft: 12

Artikel: Politik und Landesverteidigung

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-517804>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der Sowjetunion im Jahre 1965 um 40 % auf 270 erhöht. Sämtliche Streitkräfte des Warschauer Paktes sind mit den selben Panzern, nämlich zwei mittleren und zwei schwereren Typen sowie mit einem leichteren sowjetischen Typ ausgerüstet. Sie besitzen ein einziges Modell von leichten und schweren Maschinengewehren, Maschinenpistolen, Sturmgewehren und Panzerabwehrwaffen. Auch besteht ihre Artillerie aus sowjetischen Modellen aller Kaliber. Die gesamte Rüstungsindustrie der Ostblockstaaten arbeitet ausschliesslich auf Grund von sowjetischen Lizenzen.

Aufrüstung des Ostblocks

Marschall Malinowskij betonte in seiner vor dem jüngsten Moskauer Parteikongress gehaltenen Rede neuerlich, die Sowjetunion habe moderne Amphibienfahrzeuge entwickelt, die nicht nur für taktische, sondern auch für strategische Aufgaben verwendet werden können. Diese wurden bereits vor einem Jahr auch den Satellitenstreitkräften zur Verfügung gestellt. Er sagte, dass die sowjetische Flotte mit neuen Einheiten, die für den Raketenabschuss geeignet sind, ergänzt werden konnte. Die 476 Fahrzeuge zählende sowjetische U-Boot-Flotte ist mit 40 Atom-U-Booten verstärkt worden. Somit hat sich deren Anzahl im Laufe der letzten Jahre verfünffacht. Die Zahl der Überwasserschiffe der Kriegsmarine des Ostblocks beträgt 288.

Der Schluss drängt sich somit auf, die nicht von der Hand zu weisenden Aufweichungstendenzen innerhalb der NATO stellten für Europa eine ernste Gefahr dar. Westeuropa verfügt ausser dem Atlantikbündnis über keine dem militärischen Apparat des Ostblocks ähnliche Abwehrorganisation. *Würde die NATO noch mehr geschwächt, so müsste dies zu einem militärischen Übergewicht des Ostblocks führen, was nicht nur eine völlige Auslieferung Westeuropas an Moskau bedeuten, sondern auch den Weltfrieden ernsthaft gefährden würde.* Denn es ist leider in der sowjetischen Führung kein ernstlicher Versöhnungswille festzustellen. Im Gegenteil: Die durch den 23. Moskauer Parteikongress in ihrer Stellung gefestigte sowjetische Führungsequipe scheint dem Westen gegenüber einen schärferen Kurs einschlagen und vor allem in den Entwicklungsländern — der Lehre Lenins entsprechend — eine aggressivere Politik verfolgen zu wollen.

LA

Politik und Landesverteidigung

Die Unterordnung der Landesverteidigung unter die Politik wird in unserem Lande von niemandem ernstlich angefochten. Ein Gegensatz oder eine Entfremdung wie zwischen der Reichswehr und der politischen Führung im Deutschland der Zwischenkriegszeit, Putsche und Putschversuche wie vor kurzem in mehreren afrikanischen Staaten sind bei uns undenkbar. Wie Volk und Armee eine Einheit bilden, sind bei uns auch Politik und Militär untrennbar aufeinander bezogen.

Zu Anfang dieses Jahres zeigte aber die überaus heftige Reaktion der Öffentlichkeit auf eine Verlautbarung einer Offiziersgesellschaft schlagartig auf, dass das Verhältnis zwischen Politik und Landesverteidigung gegenwärtig starken Spannungen unterliegt, die eine nähere Betrachtung rechtfertigen.

Die «Militärs» in der Defensive

Im Grunde genommen widerspricht eben die notwendige und auch allgemein als notwendig anerkannte militärische Hierarchie, an deren Spitze zudem Berufsoffiziere stehen, dem schweizerischen Bürgersinn. Viele Zivilisten, die häufig die Stellung eines Politikers mit derjenigen eines Milizoffiziers in sich vereinigen, fühlen sich deshalb berechtigt und befähigt, den «Nur-Militärs» am Zeug zu flicken.

Die Militärs dagegen sind oft geneigt, den Zivilisten mangelnde Sachkenntnis oder gar die Preisgabe der sachlichen Beurteilungskriterien zugunsten politischer Taktik vorzuwerfen. So wird etwa anlässlich der Diskussion um die Beschaffung eines bestimmten Waffentyps immer wieder argumentiert, niemand schreibe den Bundesbahnen vor, welche Lokomotiven sie in Betrieb zu nehmen hätten, und keinem Schreiner falle es ein, einem Bäcker ins Handwerk zu pfuschen.

Es ist nicht zu bestreiten, dass einige Militärs aus diesen Gründen in eine gewisse Verhärtung, ja gar in Selbstgerechtigkeit zu verfallen drohen, dass sie nach Möglichkeit nur noch in ihren Kreisen verkehren und das Gespräch mit ihren politischen Partnern gering schätzen. Eine solche Reaktion ist falsch, das versteht sich von selbst.

Ebenso falsch, aber bedeutend weiter verbreitet ist das Bestreben gewisser Militärs, die politischen Entschlüsse ständig vorwegzunehmen und nur jene Bedürfnisse anzumelden, welche die politischen Instanzen mit Sicherheit bewilligen werden, oder nur jene Vorhaben in Angriff zu nehmen, die von keiner Seite irgendwelcher Kritik rufen können.

Die «zivile» Offensive

Ist es denn nicht an der Zeit, dass die Militärs gelernt haben, den Primat der Politik anzuerkennen? — Der Einwand liegt nahe; er ist aber trotzdem unberechtigt. Denn nicht um den Primat der Politik geht es — dieser ist bei uns unangefochten — sondern um die unerfreuliche und gefährliche Tendenz, dass sich die Schranken der Kompetenz verwischen, dass jeder die Arbeit des anderen tun will, ohne zu bemerken, wie er dabei die seine vernachlässigt. Es wird zwar auf beiden Seiten gesündigt. Nicht nur bei uns, aber auch bei uns befindet sich jedoch heutzutage der zivile Bereich geradezu in einer Grossoffensive gegenüber allem Militärischen. Die Gründe dafür sind vielschichtig und müssen in erster Linie in der Verlagerung des Kriegsbildes von der rein militärischen Bedrohung weg zum totalen Krieg hin gesucht werden, der die politischen und wirtschaftlichen Kriegsformen stärker ins Bewusstsein gehoben hat. Sie liegen weiterhin in der zunehmenden Kompliziertheit der Verteidigungsprobleme, welche eine vermehrte Mitarbeit ziviler Spezialisten — Techniker aller Art, Betriebswissenschaftler usw. — erforderlich machen. Und schliesslich liegen sie in der allgemeinen Krise der Autorität, die sich gegenüber der militärischen Hierarchie um so stärker auswirkt, als diese aus naheliegenden Gründen nicht immer in der Lage ist, die verlangten Auskünfte in vollem Umfange zu erteilen.

Zusammenarbeit — jeder an seinem Platz!

Dieser unheilvolle Prozess, der letztlich auf die Ausbildung eines Gegensatzes zwischen Politik und Landesverteidigung hinausläuft, muss gesteuert werden. In einer offenen Diskussion, unter Verzicht auf Monologe und Tabus, gilt es, das gegenseitige Vertrauen wiederherzustellen: Das Vertrauen der Armeeführung in die innere Stärke der Demokratie, die es auch erträgt, wenn ein Offizier seine Meinung offen vertritt, und das Vertrauen des Bürgers in die Sachkunde und das Verantwortungsbewusstsein der Armeeführung.

Dann wird auch die richtige Arbeitsteilung zwischen Militär und Politik und die richtige Reihenfolge im Verteidigungsdanken wieder zur Selbstverständlichkeit werden, wonach es Aufgabe der politischen Führung ist, die Kriegs- und Friedensziele unseres Staates festzulegen, Aufgabe der Armeeführung dagegen, die Bedrohung zu erforschen, unsere Gegenmassnahmen vorzuschlagen und den Preis dafür zu nennen.

Wenn dieses Vertrauensverhältnis wieder herrscht — davon sind wir überzeugt — dann werden Parlament und Schweizervolk auch nicht zögern, die finanziellen Mittel für eine wirksame und zeitgemässe Landesverteidigung zu bewilligen und bereitzustellen.

AW